

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 14

Artikel: Hoffnung Europa : zu Michail Gorbatschows Besuch in der Schweiz
Autor: Scherrer, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092745>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu Michail Gorbatschows Besuch in der Schweiz

Hoffnung Europa

«Die Integration Mittel- und Osteuropas in die Weltwirtschaft — eine Investition in unsere Zukunft» war das Thema des Symposiums in Bern, an dem Michail Gorbatschow das Grundsatzreferat hätte halten sollen. Doch weil der Besuch bei Bundespräsident Adolf Ogi — und wegen der fast schon pflichtgemässen Anwesenheit des Fernsehens — länger dauerte, kam der Ehrengast zu spät ins Hotel «Bellevue», wo rund 400 Teilnehmer aus Politik und Wirtschaft auf ihn gewartet hatten.

Ihnen war die Teilnahmegebühr von 900 Franken offensichtlich nicht zuviel, auch wenn da und dort durchaus Kritik aufkam. Der Gerechtigkeit halber muss aber auch erwähnt werden, dass es bisher niemanden gestört hat, wenn «elder statesmen» wie der ehemalige amerikanische Aussenminister Henry Kissinger oder alt Bundeskanzler Helmut Schmidt für Zeitungsartikel vierstellige Honorarsummen einkassieren. Das Prinzip «Angebot—Nachfrage—Preis» funktioniert eben auch hier — und was sollten wir dagegen einzuwenden haben?

Instabilität programmiert

Nationalrat Ernst Mühlemann als Gesprächsleiter überbrückte die entstandene Wartezeit, indem die für später vorgesehene Podiumsdiskussion sofort aufgenommen wurde. Gorbatschow spielte mit und stieg in medias res. Wenn ein 150-Millionen-Volk, so Gorbatschow, von der Kommando- zur Marktwirtschaft übergehen soll, dann tangiere das nicht nur die Wirtschaft, sondern führe auch zu gesellschaftlicher und politischer Instabilität. Deshalb ist eine Zusammenarbeit gerade mit den Regionen so wichtig.

Dass Reformen gerade in Russland vor- dringlich sind, ergibt sich schon aus der Tatsache, dass vor dem Zerfall der Sowjetunion eine enge wirtschaftliche Verflechtung unter den Republiken bestanden hat, die durch die Gründung der GUS nicht beseitigt worden ist. So sind denn auch die Reformen in Russland der Schlüssel zur Stabilität der ganzen Region und letztlich auch Europas.



Nationalrat Mühlemann und Gorbatschow am Podiumsgespräch im Hotel «Bellevue» in Bern (Foto: Keystone).

Echte Zusammenarbeit wünschbar . . .

Es gehe dabei, so Gorbatschow weiter, um gleichberechtigte Partnerschaft. Russland und die übrigen osteuropäischen Länder sollten nicht zum Absatzmarkt westlicher Überschusswaren werden. Und zur gleichberechtigten Partnerschaft gehört auch, dass der Westen Russland und den übrigen Staaten des einstigen Ostblocks seine Märkte öffnet. Hier wird wenig getan, um ein adäquates Umfeld für die Reformen zu schaffen. Umdenken müssten hier nicht nur die Russen, sondern «auch andere», meinte Gorbatschow.

Das rief David de Pury, Kopräsident von Asea Brown Boveri, auf den Plan. Die Schaffung von «Burgen» sei noch wichtiger für die Integration Europas als die Verträge von Maastricht, meinte de Pury. Die Bewegung hin zu offenen Gesellschaften und zur Demokratie muss hier gestärkt werden, und dafür tragen wir alle eine Verantwortung. Das gehört zum Grundsätzlichen.

. . . aber auf beiden Seiten

Der Westen sei, so de Pury weiter, bei der Unterstützung dieser Entwicklung herausgefordert. Dazu gehören auch Ausbildung und Partnerschaften in der

Die «Gorbatschow-Stiftung»

Der Reinerlös des Symposiums floss in die «Internationale Stiftung für sozialwirtschaftliche und politische Forschungen», die Gorbatschow Ende September 1991, kurz nach dem Scheitern des Putsches von Altkommunisten, in Moskau gegründet hatte. Die Stiftung stützt sich auf Runde-Tisch-Gespräche über politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen; Ausbildung von Geschichtslehrern; Bildung vor allem medizinischer Zentren für Kinder; Unterstützung demokratisch orientierter Publikationen; Pflege alter russischer Kultur sowie die Pflege des Kontakts zu Politikern, Wissenschaftlern usw.

Schon kurz nach der Gründung war die Stiftung im Zuge der durch das Auseinanderfallen der UdSSR und des Verbots der KP in Frage gestellten Eigentumsverhältnisse staatlicher Immobilien in die Schlagzeilen geraten. Gorbatschows politischer Widersacher Boris Jelzin überliess das Gebäude, in dem die Stiftung untergebracht ist, dieser lediglich «zum Gebrauch». Damit aber war auch die Möglichkeit gegeben, finanzielle Forderungen zu stellen und schliesslich gar die Stiftung der Unterschlagung zu bezichtigen. Wieweit solche Anschuldigungen berechtigt sind, oder ob politische Druckversuche vermutet werden müssen, ist schwer zu sagen.

«Die Menschen müssen neue Koordinaten aufbauen, nach denen sie sich richten können, damit die Reformen greifen können.»

Fortsetzung Seite 4

Technologie. Wir brauchen aber auch die Unterstützung Russlands durch dessen Aufbau der Demokratie, durch rechtliche Rahmenbedingungen, durch den Zugang zu den Regionen ohne Schikanen. Auch wir brauchen den Zugang zu den russischen Märkten und die Erlaubnis für ausländische Firmen, aus Russland zu exportieren.

Es gehe tatsächlich auch darum, die noch immer vorhandene Bürokratie einzudämmen, pflichtete Gorbatschow bei, indem eine zielgerichtete Gesetzgebung mit entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werde. Und es geht um die Bekämpfung der weitverbreiteten Korruption. Neue Leute müssten die alten Funktionäre im korrumpierten Machtapparat ersetzen.

Reform: eine Frage der Einstellung

Die Gesellschaft ist durch den jahrzehntelangen Zentralismus träge geworden. Heute kann es nicht darum gehen, Erfahrungen zu kopieren, sondern den Menschen die Gelegenheit zu geben, ihren eigenen Weg zu finden. Sicherlich brauchen wir, die Russen und die anderen Völker Mittel- und Osteuropas, eine gewisse soziale Sicherheit. Auch die

Heranbildung einer Mittelschicht in den osteuropäischen Ländern ist nötig, wenn sie nicht zu einem Schwellenland wie Brasilien werden wollen. Dazu aber brauchen sie die Erfahrungen des Westens, und diese müssen dann in den eigenen Kontext gesetzt werden.

«Wir brauchen liberale, soziale, christliche — also allgemein menschliche Werte. Wenn man mich da als Kommunisten bezeichnet, dann bin ich es eben», meinte Gorbatschow. In Russland geht es heute darum, einzusehen, dass die Reform in erster Linie eine Änderung der Einstellung bedeutet. Die Menschen müssen neue Koordinaten aufbauen, nach denen sie sich richten können, damit die Reformen greifen, damit sich die Gesellschaft ändern kann.

Die Internationalisierung der Wirtschaft hingegen schreitet stetig voran, während das Streben nach nationaler Identität ein Gegengewicht bildet. Die Einheit Europas müsse auf der Vielfalt beruhen, rief Gorbatschow aus und fügte bei, es gehe ja nicht um Gleichmacherei und Nivellierung. Es geht um das Zusammenleben der vielfältigen Kulturen Europas. Und hier gebe es keinen Grund zur Furcht, meinte Gorbatschow zum Schluss.

Monika Scherrer

Die Einheit Europas muss auf der Vielfalt beruhen.

die Ablösung ziemlich demokratisch vor sich (Polen, Ungarn, ehemalige Tschechoslowakei); in Ländern mit anhaltendem Machtkampf zwischen alter und neuer Elite war die Gesellschaft instabil (Bulgarien, Rumänien, Albanien).

Am schwierigsten ist der Übergang in Ländern, die kaum zu verstehen und zu klassifizieren sind: die ehemalige UdSSR und das ehemalige Jugoslawien. Dort bleiben die alten Eliten an der Macht und eignen sich allmählich demokratische und marktwirtschaftliche Spielregeln an.

Für ehemals sozialistische Länder ist folgendes charakteristisch:

- Streben nach der «Rückkehr nach Europa», Umorientierung ihrer aussenpolitischen Beziehungen;
- Interesse an Verwirklichung grossangelegter Projekte, die dringend nötig sind, die Möglichkeiten eines einzigen Landes jedoch übersteigen;
- Die historisch und psychologisch verständliche Angst, in den Schatten Deutschlands zu geraten.

Grosse Bedeutung haben die jahrhundertalten kulturhistorischen Verbindungen zwischen den Ländern. Die Zusammenarbeit mit westeuropäischen Ländern ermöglicht eine schnellere Erholung der Länder Osteuropas. Westeuropa beeilt sich jedoch nicht, den «verlorenen Söhnen» im Osten zu helfen. Sie fürchten, Zeit zu verlieren, wenn sie Osteuropa integrieren würden.

In erster Linie musste jedes Volk seine Freiheit zurückerlangen.

Gorbatschows Vortrag in Auszügen

Gorbatschow hielt sein Referat später doch noch. Wir bringen hier Auszüge.

Die völlige ideelle und moralische Abnützung der Gesellschaftsformen in Osteuropa wurde zu Beginn der 80er Jahre offensichtlich. Als ich 1985 an die Macht gelangte, war klar, dass eine grundlegende Veränderung nötig war. In erster Linie musste das System der gegenseitigen Verantwortung der totalitären Regimes abgeschafft werden, jedes Volk musste seine Freiheit zurückerlangen.

In der Praxis war dies natürlich schwierig. Unter anderem wollten die politisch und moralisch diskreditierten Kräfte ihre Macht unter keinen Umständen abgeben; ihre politische Macht, die im «sozialistischen System» alles bestimmte. Also begann ein unsichtbarer Kampf um die Zukunft Osteuropas. Der Höhepunkt wurde 1989/90 erreicht. Jedes Land verabschiedete sich auf eigene Weise vom Totalitarismus — evolutionär oder revolutionär.

In dieser verrückten Zeit der Umwandlung war vieles unvorhersehbar. Niemand wusste, was die bankrotte Ordnung, die sich Sozialismus nannte, auslö-

sen würde. Unnötigerweise wurden viele menschliche, kulturelle, gesellschaftliche Verbindungen zerstört. Wir kopierten mechanisch die Modelle aus der Erfahrung der entwickelten europäischen Länder und vergassen dabei, dass wir von anderen Voraussetzungen ausgehen müssten. So übertrieben wir die gegenseitige Abstossung, das Auseinanderdriften. In erster Linie wurde zerstört, nicht aufgebaut.

In den vergangenen zwei bis drei Jahren veränderte sich die politische Landschaft in Osteuropa enorm. So entwickelten sich neue parteipolitische Systeme, an die Stelle des Parteidiktats trat das Gesetz. Die Meinungs-, die Presse-, die Vereinigungs- und die Demonstrationsfreiheit wurden wiederhergestellt. Dies sind äusserliche Veränderungen.

Die Geburt neuer sozialer Formen ist nicht bloss ein chaotischer, willkürlicher Prozess, sondern geht von bestimmten Grundlagen aus. Wichtig war die Ablösung von Eliten, welche die Anführerrolle übernahmen. In denjenigen Ländern, in denen auch während der Zeit des Sozialismus Kontereliten tätig waren, ging

Die Kraft der europäischen Zivilisation besteht in der Fähigkeit, allgemeingültige Ideale auszuarbeiten und so einheitlich und vielfältig zu sein.

Die Kraft der europäischen Zivilisation besteht in der Fähigkeit, allgemeingültige Ideale auszuarbeiten und so einheitlich und vielfältig zu sein. Die Annäherung der zwei europäischen Teile würde eine gegenseitige Bereicherung bedeuten. Die Schaffung eines vereinten Europas wird ein langer und schwieriger Prozess sein. Alle postkommunistischen Länder leben in einer anderen historischen Zeit als Westeuropa. In osteuropäischen Hauptstädten bedeutet der Zerfall der UdSSR sowohl neue Möglichkeiten als auch neue Gefahren. Zu den Gefahren gehören vor allem die Destabilisierung, die nationalen Konflikte, ökologische Katastrophen, die Mafia usw.

Seit der Marshall-Plan für Osteuropa aufgegeben worden ist, ist eine zielgerichtete «Ostpolitik» unumgänglich. Die ehemaligen Sowjetrepubliken können sich gegenseitig helfen. In der neuen Zeit ist jedoch ein fundamentaler Aufbau des europäischen Lebens unmöglich ohne die konstruktive Teilnahme Russlands. Nicht zum erstenmal in seiner langen Geschichte steht Europa vor einer Herausforderung. Das aktuelle Handeln in Europa ist entscheidend für die Zukunft.